

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postanstalten für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsangelegen. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von
Dr. Max Sirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsleiter Rudolf Klein, N.O., Greifswalderstr. 221/22, einzuliefern sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 85 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 19.

Berlin, 12. Mai 1905.

Sechshunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Zur Abwehr in Sachen des Weissenfeller Schuhmachersstreiks. — Die bayerische Fabrikinspektion für 1904. — 12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Stuhl-(Textil-)Arbeiter. — 3. ordentliche Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse des Gewerksvereins der Deutschen Stuhl-(Textil-)Arbeiter. — Wochenchau. — Delegiertentag des Norddeutschen Ausbreitungsverbandes. — Gewerksvereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Anzeigen-Zeitung.

Zur Abwehr in Sachen des Weissenfeller Schuhmachersstreiks.

In den ersten zwei Monaten, wo der Streik der Fabrik-Schuhmacher in Weissenfels sich in neutralen gewerkschaftlichen Bahnen bewegte, brachte die sozialdemokratische Presse nur spärliche Notizen von dem gewaltigen Kampfen der verbündeten Arbeiterorganisationen. Von dem Zeitpunkt aber, wo politische Momente in die Bewegung einschlugen und der Centralverband der Schuhmacher zum Scaudium der Fabrikanten dem Gewerksverein der Schuhmacher und Lederarbeiter den Krieg erklärte, bringt aller Orten Deutschlands die sozialdemokratische Presse spaltenlange Berichte von den Ereignissen der Weissenfeller Schuhmachersstadt. Nun erst, wo die Arbeiter auseinandergesetzt und die schändlichsten Verleumdungen verbreitet werden, finden sozialdemokratische Redakteure Gefallen an dem Weissenfeller Pappschuster, wie die dortigen Kollegen sich selbst benennen.

Die widerlichen Angriffe stammen aus zwei Quellen. Die eine hat ihren Ursprung in Weissenfels, die andere in Nürnberg, dem Sitz des Centralverbandes. Beide Schmähchriften zielen darauf hinaus, nicht nur dem in Frage stehenden Gewerksverein Mitglieder absperrig zu machen, sondern auch die gesamten Gewerksvereine der Verbandsgemeinschaft zu schädigen und mißlieblich zu machen, weshalb im Verbandsorgan eine Widerlegung der fabelhaften Verleumdungen geboten erscheint.

Die in den Schmähartikeln aufgestellte Behauptung, daß die Gewerksvereinsleitung sich brieflich an die Fabrikanten gewandt und um Bevorzugung der Gewerksvereinsmitglieder gebeten habe, ist un wahr. Im Herbst vorigen Jahres, also zu einer Zeit, wo von Streik noch keine Rede war, hatte der V.-B. der Schuhmacher Weissenfels unverhältnismäßig viel Arbeitslose. Da der Fabrikantenverein eine Arbeitsvermittlung eingerichtet hat, ersuchte der Verbandsvorstand am 25. Oktober darum, bei Bedarf von Arbeitskräften die Beschäftigungslosen zu berücksichtigen, wie das Pflicht jeder Ortsverwaltung ist, für Unterkunft arbeitsloser Mitglieder Sorge zu tragen. Das war also ein rein geschäftlicher Brief, der mit dem Streik in gar keinem Zusammenhang steht.

Desgleichen un wahr ist die Behauptung, daß der Hauptchriftführer Winter-Berlin auf ein Telegramm keine Antwort gegeben habe und erst nach langem Sträuben, nachdem zwei Mann ihn geholt, nach Weissenfels gekommen sei. Der Sachverhalt ist wie folgt: Die Ordre war in Weissenfels in einer öffentlichen Fernsprechstube aufgegeben und traf in der Mittagsstunde in Berlin ein, zu einer Zeit, wo das Bureau der Schuhmacher geschlossen war. Ein im Verbandsbureau anwesender Sekretär nahm das schwer verständliche Gespräch auf und übermittelte es an Winter, der durch eine andere Sache abgehalten erst einige Stunden später nach dem Bureau kam und sofort eine Depeche mit Rückantwort nach Weissenfels aufgab und anfragt, ob er mit dem Nachzug kommen solle oder mit dem Frühzug fahren wolle, der um 11 Uhr Vormittags in Weissenfels einläuft. Das Telegramm traf aber den Adressaten nicht an. Anstatt nochmals zur Fernsprechstube zu gehen, wurde er kopflos, ging zur Bahn und fuhr nach Berlin, wo er Winter, der vergeblich auf Antwort wartete, reisefertig für den Nachzug antraf.

Sodann wird behauptet, daß Winter noch am 22., 23. und 24. März in öffentlicher Versammlung die Ausständigen zum treuen Festhalten an den Tarifverträgen aufgefordert habe. Auch das stimmt nicht. An genannten Tagen fanden keine öffentlichen Versammlungen

statt, es wurde die zum 24. März einberufene zu einem Spaziergang umgewandelt, weil in der angegebenen Zeit nochmals eine Verhandlung mit dem Gewerbeinspektor in Merseburg eingeleitet war und die Referenten aus taktischen Gründen nicht sprechen wollten.

Wozu die kleinlichen Auseinandersetzungen, wird mancher Leser fragen. Doch bestehen die ganzen Angriffe, mit denen Winter zu Leibe gegangen wird, aus solchem Aleinkram. Insaferne sind die Verleumdungen, die den Hauptkassierer Kehl treffen, obgleich dieser nur kurze Zeit, am 12. und 13. April, in Weissenfels war. Kehl soll den Fabrikanten heimlich mitgeteilt haben, daß der Gewerksverein kein Geld mehr schicke. Das ist un wahr! Warum auch? In Fabrikantenkreisen werden die Arbeiterblätter der Schuh- und Lederbranche ebenso aufmerksam gelesen, wie in Arbeiterkreisen die Fabrikanten-Fachzeitschriften, während der Bewegung sogar mit doppelter Aufmerksamkeit. Aus den in den Arbeiterblättern veröffentlichten Rechnungsabschlüssen wissen die kaufmännisch geschulten Fabrikanten ganz genau, wie lange die Munition zur Kriegsführung vorhält. Sie kennen auch die Hilfsquellen und Verbindungen der Arbeiterorganisationen, durch welche Reservekapitalien herangezogen werden. Sie blicken tiefer und rechnen besser als die große Masse der Streikenden. Sie erschrecken auch nicht vor der Prahlerei eines Verbändlers, daß noch fünf Wochen lang gestreikt werden soll. Für die Fabrikanten war die ganze Bewegung nur eine Geldfrage, eine Nachfrage, wer es am längsten aushält. Ueber die Chancen des Streits brachten die Weissenfeller Blätter fortlaufend Berichte, wie ja auch die Ausichten des Bergarbeiterstreiks frei und frank von den Zeitungen besprochen wurden. An der Nacht der Verhältnisse scheitert jede Kriegslift.

Ferner soll Kehl, der einer Sitzung der Tarifkommission beiwohnte, davon überzeugt worden sein, daß der Streik sehr günstig stehe. Dem ist nicht so. Kehl stellte an den Streikleiter des Centralverbandes die Frage: Heute steht der Streik in der neunten Woche, ohne daß ein greifbares Resultat zu verzeichnen ist. Wenn nun der Streik nach drei Wochen auf derselben Stelle steht, was gebenten Sie dann zu thun? Hierauf antwortete Simon: Dann stehen wir Mann für Mann zusammen und streiken ruhig weiter! Diese Antwort ließ tief blicken, worauf es hinauszielte. Noch deutlicher, den Gewerksverein zum Sündenbock zu machen, sprach ein zweiter Verbändler. Dieser sagte, daß die Tarifbewegung doch durch den Gewerksverein in Gang gebracht worden und daher er auch für den Streik verantwortlich sei, worauf Kehl erwiderte: Gut, wenn dem so ist, daß der Gewerksverein den Streik verschuldet hat, dann genire ich mich auch nicht, noch heute zu sagen, der Streik wird aufgehoben, damit Weissenfels von dem Unglück befreit wird. Hierauf fiel Simon ein und meinte, das seien nur Redereien, die unter den Leuten hüben und drüben gepflogen werden, darauf könne man nichts geben. Kehl gewann aus der Unterredung die Ueberzeugung, daß der Misserfolg der Bewegung dem Gewerksverein zur Last gelegt werden wird und der gordische Knoten durchhauen werden mußte.

Die Beschuldigung, daß Kehl in der Tarifkommission den Beschluß, für die Osterwoche die Streikunterstützung zu erhöhen, habe mit fassen helfen, ist gleichfalls unzutreffend. Simon brachte in der Sitzung in Anregung, den nichtvollberechtigten Mitgliedern des Centralverbandes, die unter 6 Mk. Streikunterstützung erhielten, für die Osterwoche eine Mark mehr zu geben, und fragte, wie sich der Gewerksverein dazu stelle. Kehl antwortete, daß seines Wissens wohl wenig oder keine Mitglieder im Gewerksverein seien, die unter 6 Mk. beständen, eventuell könnte ja der Weissenfeller Ortskassierer aus den Sammelgeldern was zulegen, da über diese die Hauptkasse kein Verfügungsrecht habe. Das war Alles, was darüber gesprochen wurde.

Auch die Behauptung, daß Kehl zum Nachtheil der Ausständigen mit verschiedenen Schuhfabrikanten konferirt habe, trifft nicht zu. Der zu Unrecht Beschuldigte, der Jahrzehnte in Schuhfabriken ge-

arbeitet und unter dem Druck der Mächtigen gelitten hat, steht voll und ganz auf Seiten der Arbeiter und besitzt ein stärkeres soziales Empfinden als manch anderer Verbändler. Alle diese ählichen Nachreden, die leider jeder im öffentlichen Leben Stehende ertragen muß, werden übertrumpft von der in Nürnberg am 26. April erschienenen „Freiwirtschaftlichen Tagespost“, die einen von Simon geschriebenen Artikel bringt, in dem unter vielen anderen Verleumdungen zu lesen steht:

„Zu wundern braucht man sich über die Handlungsweise dieses sauberen Herrn (Rehl) nicht. Hat derselbe doch 1897 in Weisensfeld selbst den Streikbrecher gespielt, Sammellisten gefälscht und die gesammelten Beiträge für sich verwendet, wofür er mit Gefängnis bestraft wurde. Und dieser Streikbrecher, Fälscher und Betrüger ist für würdig befunden worden, den Ehrenposten eines Hauptvorstandes im Gewerkeverein zu bekleiden.“

Mögen auch die an der Spitze der Gewerkevereine stehenden Personen an Ehrenkränkungen gewöhnt und für die von der sozialdemokratischen Presse an den Tag gelegte Mißachtung abgestumpft sein, der Artikel Simon's zeugt von einer **menschenwürdigen Forderung und Bosheit**. Die meisten anderen sozialdemokratischen Blätter waren vorichtig, sie brachten das Schandmal in etwas überkleinertem Form, sie fürchteten wohl den Strafrichter. Diese in so infamer Weise geschilderte Begebenheit hat sich folgendermaßen zugetragen.

Bei der Aussperrung im Jahre 1897 berief sich eine aus drei Arbeitern bestehende Kommission, wobei auch Rehl war, eine Sammlung für die hilfsbedürftigen Familien der Aussperrten bei Bürgermeistern und Gewerbetreibenden. Zu den ersten gezeichneten 3 Mk. fügte die Kommission eine 0 zu, um die nachfolgenden Zeichner zu höheren Beträgen anzuspornen, den nothleidenden Familien bessere Erfolge zu bringen. Schaden hat durch die Null Niemand gelitten, auch die Kommission hatte keinen Vortheil davon. Ein Jahr später, im Sommer 1898, denunzierte ein Fachvereiner, der der Unterschlagung einer Sammelliste bezichtigt gewesen war, aus Rache die damalige Kommission. Die Sache kam vor den Staatsanwalt und mußte Rehl die Null mit zwei Wochen Haft büßen. Wäre die Sammlung für ein vaterländisches Denkmal, Bismarckssäule u. gewesen, so hätte das Gericht vielleicht den Patriotismus als Entschuldigung oder mildere Umstände gelten lassen, da weder eine Vermögensschädigung noch ein Vermögensvortheil mit der Verfehlung verbunden war. In analogen Fällen erfolgte auch schon Freisprechung. Kollekten für Ausgesperrte sind der Justiz weniger sympatisch.

Uebrigens ist die Affäre innerhalb des Gewerkevereins nicht als Geheimniß behandelt worden. Am 22. Februar 1899 bewilligte der Hauptvorstand widerspruchslos die Kostenrechnung des Gerichtsverfahrens im Betrage von 74 Mk. als Rechtschutz und brachte das im „Ledearbeiter“ Nr. 5 (Jahrgang 1899) veröffentlichte Hauptvorstandsprotokoll eine Schilderung dieses traurigen **Wachpostens**, bei dem ein Schuldloser für hilfsbedürftige Arbeiterfamilien gelitten hat. Rehl ist einer der Eitrigsten bei der Vertretung der Arbeiterinteressen gewesen und hat vom Tage der Aussperrung bis zur allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit auf dem Stragenpflaster zugebracht, war also auch kein Streikbrecher. Freilich, würde Rehl zur rothen Fahne halten, dann wäre er damals von der sozialdemokratischen Presse zum Märtyrer gemacht worden.

Der **Partei fanatismus** hat das ganze öffentliche Leben vergiftet. Was sonst auch noch über das Verhalten der Gewerkevereinsleitung Schlechtes gesagt wird, es fällt bei genauer Prüfung in nichts zusammen, wie die angeführten Stichproben ergeben. Es lohnt darum nicht, alle die boshaften Verdrehungen und falsch wiedergegebenen Aeußerungen einer Nichtigstellung zu unterziehen. Kampfgeschulte Verbandsgenossen wissen auch, was sie von sozialdemokratischerseits geführten Angriffen zu halten haben. Von einem Fehler ist allerdings die Gewerkevereinsleitung nicht freizusprechen: Sie war zu **eifrig und zu aufrichtig**, als sie sah, daß alle gangbaren Wege versperrt waren, vermochte sie es nicht mit ihrem Gewissen zu vereinbaren, die Ausständigen noch zum Weiterstreiken für den aussichtslos gewordenen Tarif zu ermuntern. Die Gewerkevereinsleitung vertraute auf die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der Leitung des Centralverbandes, auf die gute Kameradschaft und Charakterfestigkeit der Verbändler. Darin hat sie sich getäuscht. Aus den Waffenbrüdern wurden Behrwoölfe, die nun ungestüm in die Herde einbrechen und alles verschlingen möchten. Der Gewerkeverein wird den Kampf aufnehmen und dem nach unbeschränkter Alleinherrschaft strebenden Centralverband entgegenzutreten wissen.

Die Gewerkevereinsleitung beabsichtigt baldmöglichst eine **aktuelle Darstellung** des ganzen Weisensfelder Schuhmachereitritts zu geben, zum Studium für Freunde der Tarifverträge und zur Beherzigung für Verfechter der Neutralisation. **E. B.**

Dr. E. E. Die bayerische Fabrikeninspektion für 1904.

II.

Was nun die erwachsenen weiblichen Arbeiter anbetrifft, so werden die gesetzlichen Vorschriften betr. die Arbeitszeit und die Art der Beschäftigung vielfach noch nicht streng eingehalten. So wurden in Ziegeleien, Torfwerken und in einer Glasflaschenfüllerin Arbeiterinnen in gesetzwidriger Weise bis zu 14 Stunden und vor 5 1/2 Uhr Morgens beschäftigt; außerdem fanden in einer

Ziegelei, einer Gummiwaaren- und einer Glashabensfabrik, sowie in einem Torfbreitetwerk Arbeiterinnen in Nachtstunden Verwendung. (Oberbayern, S. 11.)

Gesetzwidrig beschäftigt wurden erwachsene Arbeiterinnen ferner in Ziegeleien beim Transport geformter und getrockneter Steine auf geleitsloser und unebener Fahrbahn, sowie beim Besauern des Ofens, in einer Glasfabrik mit Schleifarbeit, bei welcher das Schleifrad mit dem Fuße angetrieben wurde. Als ungeeignet für Arbeiterinnen war die Bedienung einer Lokomobile in einer Dampfäge zu bezeichnen. (Oberbayern, S. 11.) Der Pfälzer Aufsichtsbeamte mußte die ungeeignete, Frauenkräfte übersteigende Arbeitsleistung von Heimarbeitern einer Seidenweberei beanstanden, die darin bestand, 120 Pfund schwere Seidenrollen mehrere Treppen hoch tragen zu müssen. Ebenso mußte die Beschäftigung einer jüngeren Arbeiterin an einer Tiegedruckpresse mit Fußbetrieb verboten werden. Bei einem Versuch ergab sich, daß die Inangahaltung der Maschine eine volle Manneskraft erfordert. (S. 68/69.) Bezüglich des ungünstigen Einflusses einzelner gewerblicher Arbeiten auf die körperliche Entwicklung der Arbeiterinnen ist auch wieder die Heranziehung weiblicher, mitunter noch jugendlicher Arbeiter zum Tragen schwerer Zettelbäume nach der Schlichtmaschine zu tadeln gewesen. Als weitere für weibliche Personen nicht geeignete Arbeit wurde in 2 Fällen die Beschäftigung an Holzbearbeitungsmaschinen, in 1 Falle die Bedienung eines Waarenaufzuges, ferner das Aussteden von schwerem Leder an großen Maschinen in einer Schuhfabrik erachtet und deren Verbot erreiht. (Oberbayern, S. 117.) Der Aufsichtsbeamte von Unterfranken meldet endlich die Verwendung von weiblichen Arbeitern — an Kreissägen (!) und auf Bauten mit dem Transport von Lasten auf Leitern. (S. 171.)

Ueber die Arbeitsräume der Kleidermacherinnen äußert sich der Oberbayerische Bericht ziemlich eingehend. Sie befinden sich fast ausnahmslos in Privatwohnungen, sind während der Saison stark besetzt und ermangeln sehr oft genügender Ventilation; dazu wird in den Räumen häufig noch mit Kohleneisen geheizt, bei Zugma cherinnen kommt neben Mängeln der eben bezeichneten Art noch ungenügende Tagesbeleuchtung in Frage. So waren bei einer Kleidermacherin 6 Arbeiterinnen in einer kleinen Küche untergebracht, in welcher nebenbei gekocht und große Hauswäsche gewaschen wurde. Auch über die Schlafräume der italienischen Wanderarbeiterinnen in Ziegeleien wird sehr geklagt. So war drei Arbeiterinnen eine Bettstelle von 1.50 m Breite zugewiesen; in vier Fällen mußten sich je 2 Arbeiterinnen mit einem Einschläferbett begnügen; 3 Arbeiterinnen und 1 Arbeiter, angeblich deren Vater, waren auf 2 Betten in einem Raum angewiesen; einmal konnte der Arbeiterinnenschlafraum nur durch den Mann erreicht werden; die Bettstelle einer Arbeiterin war auf dem Ringofen und noch dazu ohne jeden Abschluß untergebracht. Außerdem erfüllten diese Räume in Bezug auf Reinlichkeit, Sauberkeit und Lagerstätten häufig nicht einmal den bescheidensten Ansprüche. (S. 12/13.)

Die von den Aufsichtsbeamten ermittelten Zuwiderhandlungen gegen Schutzgesetze und Verordnungen betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen haben gegen das Vorjahr geradezu eine Verdoppelung erfahren. Sie betragen 862 (gegen 514 im Vorjahre). Bestraft wurden 129 Personen (gegen 96 im Jahre 1903).

Die Arbeitszeit der Arbeiter mußte öfters wegen schlechten Geschäftsganges verklärt werden. Dagegen hat es auch nicht an Klagen über Ueberschreitung der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsdauer gefehlt. So wurde in 28 Bäckereien Oberbayerns die 12 bzw. 13 stündige Arbeitszeit überschritten. (S. 15.) In den kleineren Kundenmühlen der Oberpfalz war häufig zu beanstanden, daß bei strengem Geschäftsgange, welcher in der Regel im Herbst bis Februar eintritt, die Gehilfen abwechselungsweise 18—24 stündige Arbeitszeiten verrichten mußten. (S. 96.) Auch in den Getreidemühlen des Aufsichtsbezirks Mittelfranken fand in 20 pCt. der revidirten Fabriken eine Ueberschreitung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit statt. In einigen dieser Fälle haben die Gehilfen selbst eine Arbeitsstellung eingeführt, durch welche die gesetzliche Arbeitszeit überschritten wird, indem sie vorzogen, längere als 8 stündige Ruhepausen auf Kosten unüberhältnismäßig langer Arbeitszeit zu erhalten. Wenn die Gehilfen auf Sachgeld angewiesen waren, hielten sie die Ruhepausen nicht ein, um möglichst viel zu verdienen. (S. 149.) Klagen über lange Arbeitszeiten bis 15—17 Stunden täglich wurden dem Aufsichtsbeamten von Niederbayern von einem Dampfkefesselheizer und von Arbeitern in drei Sägewerken vorgebracht. (S. 44.)

Bezüglich der Arbeitsordnungen wurde die Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsbeamten in höherem Maße in Anspruch genommen als in den Vorjahren. Die Bestimmung in einer Arbeitsordnung, monach es dem staatlichen Aufsichtsorgan, dem der Berufsgenossenschaft, den Polizeibeamten, auch wenn sie Uniform tragen, nicht gestattet wäre, ohne Ausweis und ohne Begleitung eines Betriebsbeamten in der Anlage zu verkehren, Fragen an Arbeiter zu stellen, mußte entfernt werden. (S. 47.) In zahlreichen Fällen mußte beanstandet werden, daß laut Arbeitsordnung den Arbeitern für mangelhafte oder schlechte Arbeit kurzer Hand Abzüge vom fälligen Lohn gemacht werden. Hinsichtlich der Verwendung von

Stram
sam
herbe
den
Ober
Orte
laut
nun
am
Recht
Fälle
wäre
Faber
liche
Zeit
Jahre
So i
Bau
und
Bor
bur
reien
zu
Pfla
die
arbeit
der
im
lohn
lohn
wenn
dann
glän
fränk
so
groß
nunge
Berf
Arbeit
geh
vor
su
werde
Jahre
für
Ursac
samme
nomm
Differ
1. b
2. a
3. b
4. d
5. b
6. d
7. b
8. f
9. b
10. d
11. d
12. a
13. a
14. d
15. m
16. a
17. d
18. a
19. d
12. o
De
samml
Rebe
sowie
gebrach

Strafgeldern wurde an einem Falle bemängelt, daß aus dem Gesamtbetrag der Strafen Gegenstände, welche die betreffende Firma herstellt, angelauft werden, worauf alsdann die Gegenstände unter den Arbeitern verlost wurden. (S. 74.) Eine Porzellanfabrik in Oberfranken hatte beim Entstehen eines Konkurrenz-Unternehmens am Orte ihre Arbeiter zum Eingehen von Sonderverträgen genötigt, laut welchen dieselben sich verpflichteten, für den Fall ihres Austrittes innerhalb zweier Jahre (!) nicht in das Konkurrenzunternehmen am Orte einzutreten oder Arbeiten für dasselbe auszuführen. Mit Recht wird von dem Aufsichtsbeamten gefordert, wenn sich derartige Fälle unbilliger Erschwerung des Fortkommens mehrern sollten, so wäre die Ausdehnung des § 133f der Gewerbeordnung auch auf die Fabrikarbeiter erwünscht. (S. 122/23.)

Das Bestreben, die Arbeits- und Lohnverhältnisse durch vertragliche Abmachungen innerhalb ganzer Gewerbegruppen für längere Zeit auf sichere Grundlage zu stellen, hat auch im abgelaufenen Jahre zum Abschluß einer Reihe von Tarifverträgen geführt. So in München für Brauereien, Schuhmachereien, Kunst- und Buchlosgereien, Bädereien, Maschinenbauanstalten, Handschuhfabriken und Jalouiefabriken; in Landshut für Schuhmacher, in Ludwigshafen für die Arbeiter des Zimmergewerbes, in der Borsdorfer Gegend für Getreidemöhlen, für die Schneider in Regensburg, die Granit-Steinhauer des Fichtelgebirges und die Brauereien in Kulmbach.

Arbeitszeit und Lohnverhältnisse regelnde Verträge kamen ferner zu Stande für die Spiel und Metallwarenfabriken, die Flaschner, Pfahlerer, Transportarbeiter, für die Arbeiter des Baugewerbes und die Mühlenarbeiter in Nürnberg und Jülich, ferner für die Bauarbeiter in Klaffenburg und Schweinfurt, endlich für die Arbeiter der Konsumvereinsbäckerei in Augsburg.

Das in der Textilindustrie übliche Prämien-system besteht im Wesentlichen fort; nur eine Baumwollspinnerei hat diese Entlohnungsform freiwillig gänzlich aufgegeben und ist zum reinen Stüchlohn-system übergegangen.

Das Prämien-system benachteiligt die Arbeiter namentlich dann, wenn sie lange auf Zettel warten müssen. Zu dem Zeitverlust kommt dann noch der niedrigere Prämienfuß für die Arbeiter. Eine Vergütung für das Warten auf Zettel ist meistens nicht üblich. (Oberfranken, S. 132.)

Was den Schutz der Arbeiter vor Gefahren betrifft, so stoßen die Aufsichtsbeamten namentlich in den kleinen und mittelgroßen Betrieben immer noch auf große Schwierigkeiten bei Anordnungen zur Sicherung des Betriebes und finden, daß das richtige Verständnis hierfür bei einem großen Theile der Arbeitgeber und Arbeiter noch mangelt, wie nicht selten auch der gute Wille. Das geht schon aus der großen Anzahl der nötig gewordenen Auflagen hervor, zum Schutze der Arbeiter mußten 12 371, in gesundheitlicher Beziehung rund 5000 Auflagen gemacht werden. Die Zahl dieser Anordnungen betrug im vergangenen Jahre nur 4578.

Von den 14 648 Unfällen (gegen 12980 im Vorjahre) werden für 14 253 in besonderen Tabellen und zwar zum ersten Male die Ursachen derselben statistisch nach Bezirken gegeben. Da eine Zusammenfassung nicht versucht wurde, haben wir diese Arbeit unternehmen. (NB. Für Niederbayern fehlt die Statistik, daher die Differenz.) Es betrug die Zahl der Unfälle:

1. beim Auf- und Abladen von Lasten beim Fuhrwerkstransport	2679
2. an Arbeitsmaschinen	2559
3. durch Herab- und Umfallen von Gegenständen	1736
4. durch scharfe Gegenstände, Anstoßen	1360
5. durch Fall von Gerüsten, Balken, Leitern, Treppen u. s. w.	1232
6. durch Ausgleiten, Stolpern	1124
7. beim Gebrauch von Handwerkzeug	811
8. sonstige Ursachen auf unbest. Weise	660
9. durch Einbringen von Fremdkörpern ins Auge	549
10. durch heiße und ätzende Stoffe (schmelzendes Metall)	483
11. durch abspringende Splinter und Stücke bei Stein- und Metallbearbeitung	284
12. an Fahrstühlen und Hebewerken sonst. Art	235
13. an Transmissionen	191
14. durch Auslösen und Einstürzen von Erd- und Steinmassen, Zusammenbruch von Gerüsten	162
15. an Dampffesseln, D. Kochapparaten, D. Leitungen	57
16. an Motoren	57
17. durch Sprengstoffe, explos. Gasgem.	40
18. an elektr. Leitungen	17
19. durch Einathmen gift. Gase	17
Summe zusammen	14 253

12. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Stuhl-(Textil-)Arbeiter.

Der zweite Verhandlungstag (25. April) der Hauptversammlung brachte zunächst die Debatte um § 4 des Statuts, den „Revers“ betreffend. Nachdem die von mehreren Ortsvereinen, sowie von mehreren Delegirten während der Beratungen vorgebrachten Abänderungsanträge mit 10 gegen 16 Stimmen abgelehnt

worden waren (bei Statutenänderungen ist eine 2/3-Mehrheit erforderlich), konstatierte der Vorsitzende, daß der Revers in seiner bisherigen Fassung:

„Mitglied kann jede in der Textilindustrie beschäftigte Person, sowie Personen anderer Berufe werden, welche die Hebung des Arbeiterstandes zur Selbstständigkeit und Gleichberechtigung mit allen anderen Klassen auf dem Wege der gesetzlichen Reform, insbesondere durch Berufsorganisation, Bildung und Genossenschaft erstrebt und überhaupt den Grundgedanken der Deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Duncker) huldigt und demgemäß durch einen Revers mit seiner Unterschrift erklärt, nicht Mitglied der Sozialdemokratie zu sein.“

bestehen bleibt.

Dem § 6 wurde einstimmig die Bestimmung angefügt, daß die Mitgliedschaft im Gewerkeverein auch verloren geht durch Streikbruch, oder wenn in einer Fabrik Arbeitsdifferenzen ausgedrochen sind, d. h. wenn der Streik oder die Arbeitsdifferenzen vom Generalrath als berechtigt anerkannt sind.

Eine lange, lebhaft erörterte Anknüpfung knüpfte sich an die zahlreichen Anträge auf Erhöhung der Beiträge. Während besonders die süddeutschen Abgeordneten entschieden für eine Beitragserhöhung eintraten, die auch vom Generalrath befürwortet wurde, wiesen die Vertreter der thüringischen, schlesischen und sächsischen Ortsvereine auf die niedrigen Arbeitslöhne in ihren Heimatsbezirken hin, die eine Beitragserhöhung ohne wesentliche Einbuße an Mitgliedern nicht durchführbar erscheinen ließen. Schließlich gelangte in namentlicher Abstimmung der Antrag Finsterwalde mit 20 gegen 9 Stimmen zur Annahme, der lautet:

- Der Beitrag für neu eintretende männliche Personen über 17 Jahre beträgt mindestens 15 Pfg., nach freier Wahl 20 bis 25 Pfg. pro Woche.
- Der Beitrag für neu eintretende weibliche Personen über 17 Jahre beträgt mindestens 10 Pfg., nach freier Wahl 15 bis 20 Pfg. pro Woche.
- Der Beitrag für neu eintretende jugendliche Personen von 14 bis 17 Jahren beträgt mindestens 10 Pfg. pro Woche.
- Den bisherigen Mitgliedern steht es frei, sich in höheren Stufen zu versichern, jedoch nur bis zum Alter von 45 Jahren.

Die Anträge auf Erhöhung des Eintrittsgeldes wurden gleichfalls abgelehnt.

Angenommen wurde folgender Antrag zum § 23 des Statuts: Zur Befreiung etwaiger örtlicher Ausgaben, welche aus den Bestimmungen des Statuts nicht hervorgehen, sind die Ortsvereine berechtigt, Ortskassen zu errichten. Die Höhe des wöchentlichen Beitrages zu denselben darf 5 Pfg. nicht übersteigen. Da diese sog. Ortskassen als rein örtliche zu betrachten sind, steht dem Generalrath ein Einfluß auf dieselben nicht zu. Dem Generalrath ist über die Verwendung der Gelder alljährlich ein Rechenschaftsbericht einzureichen.

Die Karenzzeit für die Unterstützung bei Arbeitsdifferenzen wurde auf 26 Wochen festgesetzt.

Nachdem über die Einführung von Vertrauensmännern ein lebhafter befürwortender Meinungsaustrausch stattgefunden hatte, wurde nachstehender Antrag angenommen: „In größeren Städten und dichtbevölkerten Bezirken können mit Zustimmung der Mitglieder und des Generalraths Ortsvereine mit größerer Mitgliederzahl gegründet werden, eventl. bestehende Vereine zusammengelegt werden.“

Den Ausschußmitgliedern in solchen Ortsvereinen, die weniger als 15 Mitglieder haben, soll in Zukunft die übliche Entschädigung für die Ausschüßfunktionen ebenfalls gewährt werden. Dem Generalrath wurde das Recht eingeräumt, für Einrichtungen, die zur Ausbreitung und inneren Kräftigung des Gewerkevereins sich als nötig und zweckmäßig erweisen, statutarisch jedoch nicht festgelegt sind, Ausgaben bis zum Betrage von jährlich 500 Mk. zu machen. Die Anzahl der Delegirten zu den Generalversammlungen des Gewerkevereins wurde von 30 auf 25 herabgesetzt, bis die Mitgliederzahl 10 000 erreicht hat. Abgelehnt wurde der Antrag, die Wahlbezirkseinteilung den Agitationsleitern zu übertragen, ebenso der Antrag auf Einführung der absoluten Stimmenmehrheit (anstatt der einfachen Mehrheit) bei den Delegirtenwahlen, und die beantragte Bestimmung, daß alle Delegirte dem Textilarbeiterberufe angehören müssen. Dagegen soll in Zukunft für jeden Delegirten ein Ersatzmann gewählt werden. Im Weiteren lehnte man die Anträge ab, die Generalversammlungen nur alle fünf Jahre (anstatt wie bisher alle drei Jahre) abzuhalten, und die an die Generalratskassen einzuschickenden Beträge von 65 pCt. auf 60 pCt. der Einnahmen herabzusetzen.

Die Unterstützungssätze wurden nach lebhafter Erörterung wie folgt festgesetzt: Im Falle von Arbeitslosigkeit bei 5 Pfg. Beitrag 2 Mk., bei 10 Pfg. Beitrag 4 Mk., bei 15 Pfg. Beitrag 6,50 Mk., bei 20 Pfg. Beitrag 9 Mk. und bei 25 Pfg. Beitrag 12 Mk. wöchentlich, bei Streiks und Aussperrungen bei 5 Pfg. Beitrag 2,50 Mk., bei 10 Pfg. Beitrag 5 Mk., bei 15 Pfg. Beitrag 7,50 Mk., bei 20 Pfg. Beitrag 10 Mk. und bei 25 Pfg. Beitrag 12,50 Mk. wöchentlich. Die Anträge auf Herabsetzung der Karenzzeit von 2 Jahren auf 1 Jahr mußten, da die beschlossenen Beiträge keine Unerswerthen Mehreinnahmen bringen können, abgelehnt werden. Die Unterstützung wird vom Tage der Meldung an beim Kassirer pro Tag berechnet und ausgezahlt. Ganz gestrichen wurden die Unterstützungen in außerordentlichen Nothfällen, da gerade hierbei viel böses Blut geschaffen und eine wirkliche Hilfe doch nicht erzielt wird.

Ein Antrag, während der Krankheit keine Beiträge zu erheben, mußte der ungünstigen Kassenlage wegen abgelehnt werden. Angenommen wurde dagegen ein Antrag, daß ausgesetzte Mitglieder ohne Altersgrenze wieder aufgenommen werden können, wenn sie ein neues Gesundheitsattest beibringen. Ferner brauchen bei der Aufnahme nur die Krankheiten während der letzten drei Jahren — anstatt bisher fünf Jahre — angegeben werden. Als Sitz der Kasse wurde Spremberg wiedergewählt, und sodann die für den Gewerbeverein gewählten Generalratsmitglieder auch zu Vorstandsmitgliedern der Kasse gewählt.

Wochenchau.

Berlin, 9. Mai 1905.



Die vom Centralrathe der Deutschen Gewerbevereine im großen Saale des Verbandshauses am letzten Sonnabend veranstaltete Schiller-Fest hatte einen überaus starken Besuch. In festlichen Kleidern waren viele Hundert Gewerbevereiner mit ihren Frauen, Söhnen, Töchtern und Bräuten erschienen, um den Todestag Schillers als ein erneutes Auferstehungsfest der großen und herrlichen Gedanken des unsterblichen Dichters zu feiern. Der Freude schöner Götterfunken hatte die Herzen zu flammender Begeisterung entzündet, die lobend emporschlug am Schluß der Rede des Herrn Stadtschulraths Dr. Gerstenberg.

Die Rede schilderte den Dichter als den kühnen Wortführer der Gedankensfreiheit und des wichtigen Kämpfers wider die Tyrannennacht. Fürsten und Völker huldigen heute seinem großen Geist, dem Deutschland so viel zu danken hat. Ein Sturm des Beifalls brauste durch den Saal am Schluß der Rede, die den tiefen Sinn der Dramen und die Perle unter ihnen, den „Wilhelm Tell“, vor das geistige Auge der Zuhörer gestellt hatte.

Voll edlen Pathos trug sodann Herr Dr. G. Manz die „Macht des Gefanges“, „Worte des Glaubens“, „An die Freunde“ und die „Kraniche des Jbylus“ vor. Ihm folgte Fräulein Anni Bremer, die mit ihrer weichen, klangvollen Stimme voll reichen Schmelzes „Des Mädchens Klage“, „Die Sehnsucht“ und „Dithyrambe“ sang. Beide Künstler entfachten eine Begeisterung, die alle Zuhörer spontan zu brausendem Beifall hinriß. Die nun folgende Pause durste nur wenige Minuten dauern. Dann trug Herr Dr. G. Manz „Die Bürgschaft“, „Die Heilung der Erde“ und das „Lied an die Freunde“ vor. Fräulein Anni Bremer folgte mit dem schwierigen und ebenfalls überaus wirksamen „Elysium“. Dann kam Dr. G. Manz noch einmal, um aus „Wilhelm Tell“ Stauffachers Rede an die Eidgenossen zu sprechen.

Wir stiften keinen neuen Bund; es ist
Ein uraltes Bündniß nur von Väter Zeit,
Das wir erneuern! Wisset, Eidgenossen!
Ob uns der See, ob uns die Berge scheiden
Und jedes Volk sich für sich selbst regiert,
So find wir eines Stammes doch und Bluts,
Und eine Heimat ist's, aus der wir zogen.

Und schließend mit:

Nein, eine Grenze hat Tyrannennacht:
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Hinauf getostes Muthes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveränderlich
Und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst —
Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenüber steht —
Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr —
Derzungen will, ist ihm das Schwert gegeben —
Der Güter höchstes dürfen wir verteidigen
Gegen Gewalt. — Wir stehen vor unsrer Land,
Wir stehen vor unsrer Weiber, unsrer Kinder!

Mit seinem Verständniß begleitete Fräulein Wittmann die gefanglichen Vorträge auf einem Flügel von Schwedten. In einer kurzen Ansprache theilte Verbandsredacteur Goldschmidt mit, daß der Große Ausschuß für die Berliner Schiller-Fest durch den Kollegen Ramin und ihn selbst eine große Zahl von Schillers Werken in der Cottaschen 3 Bände-Ausgabe zur Vertheilung an Gewerbevereiner zur Verfügung gestellt habe. Außerdem noch eine größere Anzahl Billets zu Theatern.

Unter Führung des Kollegen Klein wanderte nun die Festversammlung paarweise durch das Haus, um beim Wiedereintritt in den Saal aus den Händen der Kollegen Hartmann, Klason und Neufeldt die Werke Schillers in Empfang zu nehmen. Dann erfolgte die Vertheilung der Theaterbillets.

Als die Vertheilung vorgenommen war, kehrten alle wieder auf

ihren Platz zurück und nun folgte noch ein „Gemüthliches Beisammensein“, für welches Fräulein Anna Börner mit ihren munteren Tiedern die Kosten der Unterhaltung trug. Auch diese Sängerin fand für ihre Kunst in starkem Beifall den wohlverdienten Dank. Es gab nur eine Stimme: Das war ein schönes, erhebendes Fest!

Auf die Bitte unseres Verbandsredacteurs hat der Große Schiller-Ausschuß die Zahl der Exemplare noch derart erhöht, daß jedem Ortsverein von Berlin und nächster Umgebung 4-10 Exemplare der Cottaschen Schillerausgabe zur Vertheilung übergeben werden können. Obgleich die Werke nur in Berlin und ihren Vororten zur Vertheilung kommen sollten, erwirkte unser Redacteur auch noch weitere 225 Exemplare für die Ortsverbände. Jeder Ortsverband in Deutschland erhält also ein Schiller'sches Werk. Die Berliner- und Nachbarortsvereine werden in dieser Woche mit einer Zuschrift versehen, aus welcher hervorgeht, wieviel Exemplare auf den betreffenden Ortsverein entfallen. Gegen Vorzeigung der Briefe erfolgt die Vertheilung am nächsten Sonntag im Verbandshause.

Heute Mittag legte eine aus den Kollegen Bahle, Goldschmidt und Hartmann bestehende Deputation des Centralraths einen prächtigen Kranz am Denkmal Schillers nieder.

Gegen den Generalkreis, der auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln verhandelt werden soll, wendet sich von Neuem der Correspondent für Deutschlands Buchdrucker. Besonders scharf wendet sich das Blatt des Buchdruckerverbandes gegen die radikalen Theoretiker: „Es muß Verwunderung erregen, daß mit der einschlägigen Materie praktisch vertraute und erfahrene Leute Gegner der Generalkreistheorie sind, während (sozialdem.) „Schriftsteller und Literaten“ in unverantwortlicher Stellung die lautesten Rufen nach dem Generalkreis sind. Alle die Liednecht, Friedeberg, Mehring, Bernstein, Zettin, Kautsky und wie sie alle heißen mögen, haben noch keinen Streik mit durchgemacht, noch in keiner Fabrik, in keiner Werkstatte ihr Brod verdienen müssen oder in Gewerkschaftsorganisationen alle die taufend Schwierigkeiten kennen gelernt, die einer Aufwärtsbewegung der Arbeiter entgegenstehen, denn nur deshalb sind die Intransigenten (Unversöhnlichen) so rasch fertig mit dem Worte, deshalb sind ihre Theorien so weltabgewandt und gehen über radikales Phrasengeklänge nicht hinaus.“

Da werden die Radikalisten wieder die giftgeschwollenen Bäume blähen.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Peus ist für die Bekämpfung der Konsumvereine eingetreten. Die Leipziger Volkszeitung spottet hierüber und giebt der Verhöhnung ihres Parteigenossen folgende hübsche Einleitung:

Peus der Große, Mitglied des Reichstags und des herzoglich-anhaltischen Landtages, oberster Schuttpatron der Konsumvereine und Redacteur eines Genossenschaftsblattes für Anhalt-Desau, Aufsichtsratsmitglied des Konsumvereins Dessau, hat im anhaltischen Landtag eine Umfassung für Konsumvereine befürwortet und hat ihr zugestimmt.

Das Mehring'sche Blatt nennt Herrn Peus einen „Apporteur von Verbrauchssteuern, dem der Staatsminister unter Glückwünschen für seine große Entwicklungsfähigkeit die Hände schüttelt“. Das Blatt fügt die weitere Anklage hinzu, daß Peus „ihm widersprechende Parteigenossen aus der Organisation ausschließe und wenn sie im Geschäft sind, kündigen lasse.“ Peus leide augenscheinlich an Größenwahn. Sein Verhalten lasse überhaupt nicht mehr auf eine normale Geistesverfassung schließen.

Es ist allerdings sehr eigenthümlich, wenn ein Genossenschaftler, wie es Herr Peus sein will, für eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine eintritt. Ebenso arg ist es, wenn dieser „Arbeiterfreund“ diejenigen maßregelt, die seine Meinung nicht theilen. An seine normale Geistesverfassung möchten wir indes nicht zweifeln, denn auch andere seiner Parteigenossen bethätigen mancherlei reactionäre Gelüste, ohne daß man sie dafür bisher für verrückt erklärte.

In einem zweiten Artikel spottet die „Leipz. Volksztg.“ noch einmal über ihren Genossen Peus, als den „Konsumvereinstöcker“. Das Blatt fährt dann fort:

„Der wahre Grund des Peus'schen „Schwabenkreises“ liegt tiefer. Peus hat längst allen programmatischen Halt verloren. Er hat schon auf dem Parteitag in Stuttgart empfohlen, den ersten Theil des Erfurter Programms als eine Art Manifest vom zweiten Theil abzutrennen und nur mit diesem zu agitieren. Jetzt respektirt er auch den zweiten Theil des Erfurter Programms nicht mehr, sondern sucht ihn für seine staatsmännischen Bedürfnisse umzubeden. Daß gerade die Konsumvereine die Opfer der Peus'schen Staatskunst sind, giebt der Sache nur eine heitere Seite. Man sieht, daß der entfesselte parlamentarische Revisionismus auch vor den heiligen Geräten des Revisionismus, des Genossenschaftsthumus und der genossenschaftlichen Nachpolitik, nicht Halt macht.“

Stärker kann man wohl kaum den eigenen Genossen abthun, als es hier geschehen ist.

Der Spar- und Hausverein in Witten a. Ruhr, an dessen Spitze Verbandsgenosse Wilhelm Bongers steht, sendet uns seinen Geschäftsbericht für 1904. Der Verein ist im August 1895 begründet worden. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Januar 1896 nur 38 und ist dieselbe bis zum 1. Januar 1905 auf 321 gestiegen. Die Einnahmen betragen am 1. Januar d. J. 14 297 Mk.

Die Bestimmungen über den Rechtsschutz wurden durch Aufnahme folgenden Antrages Bäuerle-Vechhausen erweitert:

„Ebenso hat der Generalrath das Recht, bei Prozessen von Mitgliedern mit Arbeitgebern oder deren Stellvertretern wegen Lohnforderungen oder sonstige das gewerbliche Leben berührende Angelegenheiten vollen Rechtsschutz (d. h. eventuell auch einschl. der Gerichtskosten) zu gewähren.“

Der Antrag des Generalraths, den Beschluß, „daß für männliche Mitglieder 10 Pfg. und für weibliche 5 Pfg. jährlich aus der Ortsvereinskasse an die Ausbreitungsverbände gezahlt werden können, aufzuheben“ wurde angenommen.

Die Anträge auf Einführung eines eigenen Organs riefen eine lebhafte Debatte hervor. Die Nothwendigkeit eines solchen im Interesse einer nachhaltigen Agitation und Abwehr von gegnerischen Angriffen wurde allseitig anerkannt, doch mußte man, da die beantragten Beitragsserhöhungen nicht angenommen worden waren, davon Abstand nehmen. Man beschloß statt dessen, das Protokoll durch Fach- und volkswirtschaftliche Artikel zu erweitern und unter einem neuen Titel alle 14 Tage an sämtliche Mitglieder durch die Ortsvereine gelangen zu lassen. Die amtlichen Sachen, Generalrathsprotokolle etc., sollen monatlich einmal jedem Ortsverein in drei Exemplaren extra zugehen. Das bisher bestehende Verhältnis zum „Gewerbeverein“ soll auch ferner unverändert fortbestehen. Mit der Neubeschaffung von Aushängeplakaten für den Gewerbeverein erklärte sich die Generalversammlung einverstanden.

Angenommen wurde noch folgender Antrag Cottbus:

Die Generalversammlung wolle den Generalrath beauftragen, eine Liste über Einzelmitglieder zu führen und die nach einem anderen Ort überiedelnden Mitglieder, sowie die in denselben bestehenden Ortsvereine anderer Berufe resp. Ortsverbände von dem Zugung des Mitgliedes in Kenntniß zu setzen.“

Den auswärtigen Generalrathmitgliedern wurde das Recht eingeräumt, alle drei Jahre vor der Generalversammlung des Gewerbevereins eine Bezirkskonferenz einzuberufen, wozu die angeschlossenen Ortsvereine wenigstens einen Delegirten entsenden. Die Kosten sollen aus dem Ortsvereinsfonds für innere Agitation entnommen werden. Der Agitationsleiter des Bezirks ist zu der Konferenz einzuladen.

Nach lebhafter Besprechung nahm man noch nachstehenden Antrag an:

Die Generalversammlung wolle den Generalrath beauftragen, beim Fabrikantenverband den Antrag auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit zu stellen.“

Weiter beschloß man, die Druckarbeiten des Gewerbevereins ausnahmslos in tariftreuen Druckereien herstellen zu lassen.

Die Generalversammlungen sollen nach wie vor zu Ostern einberufen werden. Als Ort der nächsten Generalversammlung im Jahre 1908 wurde Berlin gewählt. Die sächsischen Vertreter stellen ihre Wünsche auf Augsburg für weitere drei Jahre zurück.

Die gefassten Beschlüsse sollen am 1. Juli d. J. in Kraft treten.

Die Wahl des Vorortes führte gleichfalls zu einem lebhaften Meinungsaustrausch, ebenso die Wahl des geschäftsführenden Beamten, die mit dem Beschluß endete, einen dritten Beamten anzustellen, der sich hauptsächlich der Agitation widmen soll. Die Gehälter für die beiden Bureaubeamten wurden auf der bisherigen Höhe (1300 Mk. jährlich) belassen und für den Agitationsbeamten 1500 Mk. Anfangsgehalt jährlich festgesetzt.

Zum Vorort wurde Spremberg mit 18 Stimmen wiedergewählt; 6 Stimmen erhielt Berlin (hierzu lag ein Antrag in der Tagesordnung vor), 2 erhielten auf Cottbus.

In den Generalrath am Vororte wurden gewählt: Carl Ulrich als Vorsitzender, Emil Starke als stellvertretender Vorsitzender, Hermann Böttcher als Generalsekretär, Otto Schröder als Schatzmeister, A. Lenke als Generalkontrollleur, A. Hayn, G. Jurischka, Gustav Carras, R. Thiele als Beisitzer, sowie als Agitationsbeamter Carl Elbel-Stadtsulza (vom 1. Juni d. J. an). Als Ersatzmänner für die Generalrathmitglieder am Vorort wurden gewählt: Alois Kretschmer, Christian Weichrauch, Arthur Frost, Bernhard Frost, W. Neugebauer sen., August Vorchert, August Carras, Paul Rood, W. Brandt, Friedr. Donath.

Zu auswärtigen Generalrathmitgliedern wählte man: Zwick-Finsterwalde, Grode-Cottbus, Reime-Apolda, Linder-mayer-Pfersee, Reef-Chemnitz, Linke-Berlin, Weigelt-Scheibenberg, Reichelt-Hagen, Hildmann-Roth und Postler-Hausdorf, zu deren Stellvertretern: Brink-Finsterwalde, Berger-Cottbus, Schilling-Apolda, Bäuerle-Vechhausen, Vermig-Harthau, Hartmann-Berlin, Max Bruner-Scheibenberg, Wilh. Rode-Hagen, Braun-Erlangen und Schubert-Lannhausen.

Zu Generalrevisoren wurden gewählt: Ad. Rosfawi, Emil Pluschik und W. Neugebauer jun., zu Stellvertretern: Wilhelm Budig, Max Frost und Max Becker.

Das Amt als Vertreter des Gewerbevereins im Centralrath der Deutschen Gewerbevereine übertrug man den Mitgliedern Linke und Hildebrandt, das Stellvertreteramt den Mitgliedern Jünger und Mittau, sämtlich in Berlin.

Zu Verbandstagsabgeordneten wählte man Carl Elbel-Stadtsulza und Emil Grode-Cottbus, zu Stellvertretern Reichelt-Hagen und Linder-mayer-Pfersee.

Schließlich wurden zu Agitationsleitern gewählt: für Provinz

Brandenburg und Berlin Linke-Berlin, für Westfalen und Rheinland Reichelt-Hagen, für Königreich Sachsen Reef-Chemnitz und Preisker-Großhain, für Thüringen und Provinz Sachsen Reime-Apolda, für Bayern, Württemberg und Baden Linder-mayer-Pfersee und Hildmann-Roth.

Am Donnerstag, den 27. April, Vormittags 11 1/2 Uhr, wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Gewerbeverein der Textilarbeiter, den Verband der Deutschen Gewerbevereine und den Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch geschlossen.

Der Ortsverein Cottbus der Deutschen Stuhl- (Textil-)Arbeiter hatte es sich nicht nehmen lassen, zu Ehren der Delegirten einen Festabend zu veranstalten, der am Ostermontage im Saale des Hotels „Zum weißen Roß“ stattfand. Die Festräume vermochten die Theilnehmer kaum zu fassen. Nach einem ansprechenden Instrumentallkonzert sprach Hr. Gertha Leeske mit ausdrucksvoller, wohlklingender Stimme einen feinsinnigen Prolog, dem die Begrüßungsansprache des Ortsvereinsvorsitzenden Kössler folgte. Er wünschte, daß sich die Delegirten nach den schweren Beratungen in den Mauern von Cottbus angenehm unterhalten, wozu der Festabend beitragen solle, und hieß alle Festtheilnehmer herzlich willkommen. Manngisache heitere Couplets, Duets und Terzette, die Aufführung zweier humorvoller Einakter und vor Allem ein von 12 jungen Damen vor trefflich ausgeführter, vom Mitgliede Berger-Cottbus (Delegirter) einstudirter und geleiteter Matrosenreigen boten soviel des Unterhaltenden und Schönen, daß nur eine Stimme des Lobes herrschte und den Mitwirkenden, unter denen auch der Vorsitzende des Delegirtenabends, Otto Leeske, nicht fehlte, reicher Beifall zu theil wurde. Den Abschluß der Fester machte ein fröhlicher Ball.

Am Dienstag früh vor Beginn der Verhandlungen wurde die Preussische höhere Fachschule für Textilindustrie beschäftigt. Unter Leitung des Direktors Binzeng, der Belehler Frankenberg und Schmiedgen, des Appretur-Rüstiggang und des Webermeisters Kolled wurden die mustergerichtig eingerichteten Räume der Schule durchschritten, und sowohl in der Abtheilung für Weberei wie in den Abtheilungen für Färberei, Appretur und Stopferei bot sich des Interessanten und Belehrenden viel, jobas die Besucher voll betrieblig und mit herzlichem Dank an die lebenswürdigen Führer die Fachschule verließen.

Die Mittagspause am Mittwoch wurde zu einer Besichtigung des nahe gelegenen sächsischen Elektrizitätswerkes benutzt. Am zweiten Festtag früh fand ein gemeinsamer Spaziergang durch den Stadtpark nach Branitz statt. Am Abend vorher hatten sich die Delegirten im Versammlungssaale des Ortsvereins bei Thorke zu einem gemeinschaftlichen Abendessen vereinigt und auch an den anderen Abenden wurde dieses Lokal wieder gern aufgesucht, nachdem man in den hübschen Anlagen der Stadt einen keinen Erholungspaziergang unternommen hatte. Donnerstag Nachmittag geleiteten die Cottbuser Gewerbevereinskollegen die Delegirten nach dem Bahnhof, von wo aus die Sendboten des Gewerbevereins sich wieder der näheren oder ferneren Heimath zuwandten, nicht aber ohne für die freundschaftlich-trosch verlebten Stunden herzlichsten Dank zu sagen.

3. ordentliche Generalversammlung der Krankenkassen- und Begräbniskasse des Gewerbevereins der Deutschen Stuhl-(Textil-)Arbeiter.

t. Cottbus, 27. April. Im Anschluß an die Generalversammlung des Gewerbevereins fanden ebenfalls im Hotel „Zum weißen Roß“ die Verhandlungen der Krankenkassen- und Begräbniskasse statt. Abgeordnete und Bureau waren dieselben wie im Gewerbeverein. Nach Anerkennung sämtlicher Mandate, erstatteten die geschäftsführenden Beamten S. Böttcher und Schatzmeister O. Schröder den Bericht über den Stand der Kasse. Der Rechnungsabschluss weist Ende 1904 einen Reservefonds von 32 053,89 Mk. und einen Betriebsfonds von 3170,45 Mk. in der Krankenkasse und einen Vermögensbestand von 9872,96 Mk. in der Begräbniskasse auf. Die durchschnittliche Jahresausgabe in den letzten fünf Jahren beträgt 40 353,16 Mk., die Mitgliederzahl Ende 1904 in der Krankenkasse 1799 männliche und 1047 weibliche, in der Begräbniskasse 1816 männliche und 1139 weibliche. Die Ausgaben der Kasse sind trotz der von einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossenen Beitragsserhöhung von 1 Pfg. für jede 3 Mk. Krankengeld fast beständig größer als die Einnahme gewesen, so daß der Generalrath der Generalversammlung einen Dringlichkeitsantrag auf weitere Erhöhung der Beiträge um 1 Pfg. auf jede 3 Mk. Krankengeldversicherung unterbreiten zu müssen glaubte. Bei der Berathung wurde dieser Antrag jedoch abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag, wonach das Krankengeld erst vom dritten Tage nach dem Tage der Krankmeldung an gezahlt wird, ferner ein Antrag, daß neu eintretende Mitglieder erst 13 Wochen dem Gewerbeverein angehören müssen und das 45. Lebensjahr noch nicht überschritten haben dürfen, ehe sie gegen Beibringung eines Gesundheitsattestes in die Krankenkasse aufgenommen werden können. Das Eintrittsgeld wurde von 50 Pfg. auf 1 Mk. erhöht und weiter beschlossen, daß Wöchnerinnen nur dann Krankengeld erhalten, wenn nach der Entbindung Krankheit eintritt und ärztliche Hilfe nothwendig wird. Abgelehnt wurde der Antrag, dem Vorstande die Berechtigung zu ertheilen, Mitglieder ohne Gesundheitsattest in höhere Versicherungsklassen aufzunehmen. Als Resolution für die Geschäftsordnung wurde folgender Antrag angenommen:

„Als Ausweis für diejenigen Mitglieder, welche einer Zwangskasse, Betriebs- oder Innungsrankenkasse angehören, gilt auch der Krankenschein der betreffenden Kasse zur Erhebung der Krankenkassenunterstützung. Es ist aber für unsere Hilfskasse eine Abschrift von diesem Krankenschein anzufertigen.“

121 Mitglieder hatten ihren Anteil voll eingezahlt. Bis jetzt sind 14 Häuser errichtet und 2 weitere Häuser sind im Bau begriffen. Ein Restgrundstück ist noch unbebaut. Für 1904 konnten 10 pCt. des Reingewinns dem Reservefonds zugewiesen und 4 pCt. Dividende auf die Geschäftsanteile gezahlt werden. Außerdem konnten noch 482,86 Mk. dem Hilfsreservefonds überwiesen werden. Der Geschäftsbericht führt Klage über die Schwierigkeiten, die dem Verein seitens der städtischen Verwaltung gemacht werden. In Bezug hierauf entnahmen wir dem Bericht die folgenden Mitteilungen:

In der Stadtverordnetenversammlung vom 1. September wurde eine Eingabe eines hiesigen Bürgers (Hausbesitzer) zur Kenntnis gebracht, worin gebeten wurde, eine genaue Feststellung der leerstehenden Wohnungen hiesiger Stadt vorzunehmen, welche bewiesen würde, daß das Errichten von Wohnhäusern seitens des Spar- und Bauvereins bereits schädlich wirkte.

Das Kollegium beschloß, nachdem für und gegen die Angelegenheit gesprochen, Ueberweisung der Sache an den Magistrat zwecks Prüfung.

Hierauf sah sich der Vorstand und Aufsichtsrath gezwungen, Stellung gegen die Angriffe zu nehmen und wurden in der außerordentlichen Generalversammlung am 10. September die bereits am 5. September an den Magistrat sowie Stadtverordneten-Vorleser gerichteten Fragebogen und Resolution gutgeheißen. Die Eingabe lautet:

1. Wie viel Wohnungen sind nicht bewohnt? — Gründe: a) wegen Ungezier (Ameisen), b) wegen Fankucht im Hause, c) wegen Feuchtigkeit (also ungesund), d) wegen nicht Instandhaltung des Hauses.
2. In 1a) Wieviel herrschaftliche, also größere Wohnungen von 5, 6 und mehr Räumen, b) wieviel Arbeiterwohnungen von 2, 3 und 4 Räumen?
3. a) Wieviel Keller, b) wieviel Dachwohnungen, c) wieviel im Vorder- und d) wieviel im Hinterhaus?
4. Welche Mietzinspreise werden gefordert im Durchschnitt: a) für 2, b) für 3, c) für 4, d) für 5 und e) für 6 Räume und mehr?
5. Wieviel von diesen Wohnungen haben je einen Abort?
6. Wieviel Wohnungen haben Bordur (abgeschlossen)?
7. Wieviel von den betreffenden Hausbesitzern nehmen nur „ruhige kleine Familien“ auf?

2. haben wir dahin gewirkt, daß die untere Klasse allmählich dahin gebracht wird, sich an gesunde und anständige Wohnungen zu gewöhnen;

3. sorgen wir dafür, daß auch solche Familien, die reich mit Kindern gesegnet sind, eine anständige Wohnung bekommen und bezahlen können;

4. tragen wir durch unser System dazu bei, daß die Gegensätze zwischen den einzelnen Ständen nicht verschärft, sondern gemildert werden;

5. wünschen auch wir eine genaue amtliche Zählung der leerstehenden Wohnungen unter genauer Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse und Gründe des Leerstehens;

6. können wir feststellen, daß wir auf Grund unserer Mitgliedszahl gezwungen sind zu weiterer Thätigkeit, ein Beweis für uns, daß kein sogenannter Wohnungsüberschuß vorhanden ist;

7. Um das Vorurteil, welches auf verschiedenen Seiten gegen unseren Verein herrscht, zu zerstreuen, laden wir hiermit die höchsten Körperschaften unserer Stadt, den Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium, zur Beachtung unserer sämtlichen Einrichtungen höflichst ein.

Es würde uns ein Vergnügen sein, dieselben in unseren Häusern begrüßen zu können.

Den verschiedenen durch Gewervereiner gegründeten Bauvereinen empfehlen wir einen gegenseitigen Austausch der Geschäftsberichte und Sammlung derselben. Manche Erfahrung würde dadurch zum Gemeingut aller Genossenschaftler gemacht werden können.

Ein Mangel bei der Ausführung des Invalidenversicherungsgesetzes, der schon häufig, leider aber vergeblich gerügt worden ist, ist die Langsamkeit des Verfahrens. Das wird deutlich charakterisiert durch eine Zuschrift, die dem „Berliner Tageblatt“ zugegangen ist und in der es heißt:

Wir beschäftigen seit Jahren eine Aufwärtlerin, welche jetzt 61 Jahre alt ist und 15 Karten geklebt hat. Die Frau ist seit Jahren Witwe und hat sich und die Familie schon zu Lebzeiten des Mannes, der ein Käufer war, ernähren müssen; wegen ihrer Verdienstlosigkeit ist sie im ganzen Städtchen beliebt. Im Oktober v. J. erkrankte die Frau, im November erklärte der Kassenarzt sie für erwerbsunfähig; bald darauf erhielt sie polizeiliche Vorladung zur Verantwortung der vorgeschriebenen Fragen. Im Dezember nochmals Vorladung; Frage, warum sie keine Krankengelder bezogen, und wovon sie während der Krankheit gelebt hat. Wahrheitsgemäß sagt sie, sie habe ihr Leben fristen können, weil ihre Arbeitgeber ihr den Lohn in ihrer Krankheit weiter gezahlt haben. Später wurden wir über dieselbe Frage vernommen. Im Februar erhielt die Frau Ordre, sich in Potsdam, 20 Kilometer von hier, beim Geheimen Medizinalrath unterziehen zu lassen; das war für die alte Frau eine schwere Reise; da der Termin um 9 Uhr anstand, hätte sie Morgens 4 Uhr von hier fahren müssen; andere Verbindung fehlt. So reiste sie tags vorher und blieb bei ihren Kindern. Resultat der Untersuchung: der hiesige Arzt hat weniger gesagt, als er verantworten konnte. In diesem Monat (April) erhielt die Frau Nachricht, daß Termin in ihrer Sache vor dem Landrathshaus anstünde, die Wahrnehmung bleibt ihr überlassen. Reisegeld wird nicht vergütet. Krankheitsdauer ist sie im Termin nicht erschienen. Nun schwebt also die Sache vom November bis jetzt ohne Resultat. Wir fragen: Wobon sollen arme Leute, die ärztlich für erwerbsunfähig erklärt wurden, in der Zeit leben? Stehe sich denn diese Angelegenheit nicht auch schneller erledigen?

Das „Berliner Tageblatt“ meint dazu mit Recht, daß die Frist zwischen Eintritt der Erwerbsunfähigkeit und Anerkennung des

Rentenanspruchs sich recht wohl erheblich mehr verkürzen ließe, als es hier geschehen ist. Sobald ein ärztliches Gutachten über die Erwerbsunfähigkeit des Rentenbewerbers vorliegt, müßte die Rente — nöthigenfalls unter Vorbehalt einer nochmaligen ärztlichen Untersuchung und definitiven Entscheidung über den Rentenanspruch — gezahlt werden. Wo der Rentenbewerber einer Krankenkasse angehört, geht die Sache ja noch an. Wo das aber wie hier nicht der Fall ist, da kann es sich ereignen, daß der Rentenbewerber längt verhungert ist, wenn die Rente zur Zahlung angewiesen wird.

Delegirtenstag des Norddeutschen Ausbreitungsverbandes.

Abgehalten am 23. und 24. April 1905 in Stettin.

Die Vorversammlung wurde vom Vorsitzenden Ruff mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Frau Genossin Kuhlens Kamp sprach eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene, in poetischer Form abgefaßte Begrüßung.

Anwesend waren von den Verbandsvereinen 31 Delegirte, die 38 Vereine vertraten. Vom Centralrath war Kollege Reustedt, von den Generalräthen des Gewervereins der Klempner Kollege Schier, der Schiffszimmerleute Kollege Hing erschienen, mit der Vertretung des Generalraths der Tischler war der Kollege Ruff beauftragt. Außerdem sandten 6 Ortsvereine, die sich noch nicht dem Verband angeschlossen hatten, Vertreter. Von den auswärtigen Vorstandsmitgliedern waren 3, von den Vorstandsmittgliedern am Wortort waren sämtliche Kollegen erschienen. Ins Bureau wurden gewählt: Maß, Torgelow und Hesse-Bromberg als Vorsitzende, Nehls-Grötschwald und Gosda-Danzig als Schriftführer, Frau Callies-Stettin und Wolnowski-Bromberg als Beisitzer. Nach Eröffnung der Hauptversammlung überbrachte Kollege Reustedt die Glückwünsche des Centralraths.

Aus dem Thätigkeitsbericht ist hervorzuheben, daß in dem ersten Halbjahr des Bestehens die Thätigkeit des Vorstandes darauf beschränkt gewesen ist, für den inneren Ausbau des Verbandes zu sorgen und das Vertrauen der Mitglieder zu demselben zu befestigen. Dieses ist dem Vorstand gelungen und kann der Verband einer gesicherten Zukunft für sein ferneres Bestehen entgegensehen. In der Zeit vom 1. Oktober bis jetzt sind 12 Ortsvereine am Orte und 6 Ortsvereine außerhalb besucht worden. Eine Reihe öffentlicher Versammlungen sind besucht worden, Flugblattverbreitungen wurden vorgenommen. Für die Schaffung von Agitations- und Vortragmaterial ist fleißig Sorge getragen worden. Anfanglich seiner Gründung zählte der Verband ca. 900 Mitglieder, am Schlusse des zweiten Quartals 1905 ca. 1700 Mitglieder. Der beantragte Zusatz vom Centralrath ist prompt geleistet worden. — An schriftlichen Sachen sind 154 Briefe und ca. 500 Druckfachen gefertigt und ausgesandt. Eingegangen sind ca. 250 Schreiben. In der nachfolgenden Diskussion, an der sich fast sämtliche Anwesenden beteiligten, erklärten sich die Redner mit der Thätigkeit des Vorstandes zufriedengestellt.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Callies. Es sind eingenommen 286,24 Mk., ausgegeben 182,12 Mk. Für die Agitation wurden die größten Ausgaben gemacht. Auf Antrag eines Revisors wurde dem Kassirer, sowie dem gesammten Vorstand Entlastung erteilt.

In der Nachmittagsversammlung wurden die Referate erledigt. Kollege Reustedt referirte über „Zeit- und Streiffragen in der deutschen Arbeiterbewegung“. In seinem fast einstündigen Vortrage führt der Referent die bisherigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Organisationen den Zuhörern vor Augen, zog Vergleiche über Bestrebungen unserer und anderer Organisationen, hob hervor die Tarifverträge, seiner Meinung dahingehend Ausdruck gebend, daß nur dann gute und dauernde Tarifverträge abgeschlossen werden können, wenn die Organisationen aufhörten sich gegenseitig in geschäftiger Weise zu bekämpfen. Wo die Gewerkevereine vorher nicht mit raten können, werden sie es selbstverständlich ablehnen, mit zu thun. Nur neutrale Berufsvereine sind den Arbeitern von Nutzen. Am Schlusse seines Referats hob der Referent hervor, daß die Gewerkevereinskollegen immer auf dem Posten sein müssen, wenn es gilt, der Gewerkevereinsangelegenheit nützlich und dienlich zu sein.

Nach dem Referat folgte eine rege Diskussion, in der hauptsächlich hervorgehoben wurde, daß zur guten Durchführung unserer Gewerkevereinsbestrebungen unter allen Umständen nothwendig sei, die vom Centralrath geplante, täglich erscheinende Zeitung ins Leben zu rufen und kräftig zu unterstützen.

Alsdann folgte das zweite Referat über „Ist es nothwendig einen besoldeten Beamten anzustellen?“ Der Referent, Kollege Böttner, gab in seinem Referat den Kollegen ein anschauliches Bild über die Nothwendigkeit der Anstellung eines besoldeten Beamten, und machte die Delegirten darauf aufmerksam, daß man sich bei Zeiten über dieses Projekt klar werden müsse. Die Vereine sollten diese Angelegenheit in den Versammlungen zur Sprache bringen und wenn auch nicht gleich, so doch zum nächsten Delegirtenstag mit bezüglichen Anträgen kommen.

Sämmtliche nachfolgenden Diskussionsredner sprachen sich

für die Anstellung eines Beamten aus, jedoch müßte die Sache erst gehörig vorgearbeitet werden. Ein dahingehender Antrag fand einstimmige Annahme. Hiermit war der erste Verhandlungstag um 5 Uhr Nachmittags beendet.

Am zweiten Verhandlungstag wurde die Sitzung um 9 1/2 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Ein vom Rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverband eingegangenes Glückwunschtelegramm soll schriftlich beantwortet werden. Auf der Tagesordnung stehen die Beratungen zum Statut u. Es wurde beschlossen, nur alle drei Jahre den Delegiertentag abzuhalten. Die Agitationsanträge sind dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Zum Vorort wurde wieder Stettin gewählt; der Vorstand ist derselbe geblieben, nur an Stelle des Kollegen Kemp, welcher krankheitshalber ausscheidet, wurde Kollege Ruhlenkamp gewählt. Als auswärtige Ausschussmitglieder sind dann die Kollegen: G. Gatz-Stolp, F. Freyer-Wasewall, Ritzel-Siebenbrünigow bei Demmin und Frau Nehls-Greifswald wiedergewählt. Vinze-Thorn, Gosda-Danzig, Hesse-Bromberg, Birzow-Prenzlau, Busse-Wismar neugewählt.

Der nächste Delegiertentag findet Ostern 1908 in Stolp statt. Zu der Nachmittags-sitzung wurden noch einige geschäftliche Angelegenheiten geregelt und nach mehreren Abschiedsreden folgte Schluß des Delegiertentages um 3 Uhr Nachmittags.

Allen Verbands-genossen, sowie dem Centralvertreter Neustedt und sämtlichen Generalratsmitgliedern nochmals an dieser Stelle unsern besten Dank für die Mitwirkung, und nochmals rufe ich allen Kollegen zu: Auf zur Agitation! damit die Ziele, die wir uns bei der Gründung unseres Ausbreitungsverbandes gesetzt haben, bald erreicht werden.

R. Piezler, Schriftführer, Stettin, Wollfr. 11.

Gewerkevereins-Zeitung.

§ Döbeln. Nachdem bereits in der ersten Verbandsversammlung Herr Bürgerkassenschreiber Schwender einen Vortrag über die Bedeutung der Fortbildungsschule gehalten hatte, hielten wir am 30. April in Schachwitz unsere zweite Verbandsversammlung ab, in welcher Kollege Berndt-Dresden im Auftrage des Centralrats über die „Arbeiterorganisationen und ihre Bethätigungen“ Vortrag hielt. Die Versammlung, welche vom Vorsitzenden Nibel eröffnet und geleitet wurde, war sehr stark besucht. Der Redner brachte in überzeugender Weise zum Ausdruck, daß die Arbeiterbewegung nur dann dauernd wirksam und erfolgreich sein könne, wenn sie sich nach den Grundsätzen der Deutschen Gewerkevereine bethätige. Die Arbeiterbewegung würde dann zu einer bestimmten entscheidenden Macht emporkommen, und durch Waghaltung und Entschlossenheit die Sympathie der Bevölkerung auf die Seite der Arbeiter bringen. Die Arbeitgeber würden davon überzeugt werden müssen, daß es auch in ihrem Interesse liege, Tarifvereinbarungen mit den Arbeitern zu treffen, um so der Industrie und den Gewerben eine ungestörte Entwicklung zu sichern. Die Arbeiterschaft würde im Bürgerthum stehen und mit diesem auf allen Gebieten des öffentlichen Wirkens gleichberechtigt sein. Dies werde auch in der Rechtspredung zum Ausdruck kommen. Es würde dann als selbstverständlich gelten, daß auch die Arbeiter zu Geschworenen und Schöffen herangezogen würden. Vorbedingung sei eine lebhafteste Agitation für die Ausbreitung der Deutschen Gewerkevereine. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Der Vorsitzende machte dann noch Mitteilungen über den außerordentlichen in Chemnitz stattgefundenen Delegiertentag des Sächsischen Ausbreitungsverbandes. Die Verlesung des Protokolls nach Dresden wurde gut geheißen und den Kollegen Müller und Strich Dank für ihre Haltung ausgesprochen.

§ Paul Schwarzbach, Schriftführer.
§ Riel. (Ortsverband Riel und Umgegend.) In der Ausschußsitzung am 30. April waren verschiedene Kollegen geladen zwecks Gründung eines D.-B. der Tischler, welcher auch zu Stande kam. Es konnte sofort zur Vorstandswahl geschritten werden. Es wurde gewählt: R. Deutscher-Dorf, Vorsitzender, Ph. Stammer, Schriftführer und Carl Risch, Kassierer. Es wurde allen Kollegen zur Pflicht gemacht, lebhaft zu agitieren, auf daß der junge Ortsverein recht blühe und gedeihe.

§ R. u. Wein, Schriftführer.
§ Scheibenberg. (Oberergerichtlicher Ortsverband.) Von dem im Gewerkeverein schon oft erwähnten Herrenhandpunkt der Unternehmer können wir gerade in unserer Gegend ein Lied singen. Ich hatte schon in meinem Tätigkeitsbericht für 1904 auf die Arbeitsverhältnisse unserer Gegend hingewiesen. Heute möchte ich einen Blick werfen auf die Beschlägefäbrik in Schleittau, in welcher vom Dezember 1904 bis gegenwärtig von den 40 Arbeitern 25 pCt. so krank gewesen sind, daß sie längere Zeit arbeitsunfähig waren. Ueberhaupt vom ganzen Personal können wohl nur vier oder fünf Mann sagen, daß sie bisher noch nicht von Rheumatismus u. s. w. heimgesucht wurden. In die Fabrikräume schneit und regnet es hinein und stehen die Arbeiter beständig in Zugluft. Der Geschäftsführer rief einem Arbeiter, der sich darüber beschwerte, er möge sich einen Regenstrich mitbringen. Die Beheizung der Fabrik ist nach jeder Richtung hin unzulänglich. Beim Anfeuern der Defen ist zunächst die Hude einige Stunden lang in Rauch gehüllt, und hat sich der Rauch verzogen, dann ist es immer noch nicht warm. Ja, wenn sich die Arbeiter noch das Brennmaterial zur Beheizung der Defen mitbringen, dann möchte es schließlich doch einmal warm zu tragen sein, so aber legt es erst einen großen Haufen ab, ehe das Brennmaterial zu bekommen ist. Für ein und dieselbe Arbeit wird noch lange nicht der gleiche Lohn gezahlt. Da spielt die Kunstfertigkeit noch eine große Rolle und fast vergeht kaum eine Woche, in welcher nicht von der Beschäftigung neue Vorschriften gemacht werden, ohne die Arbeiter zur Beratung hinzuzuziehen. Die Arbeitsordnung ist ausgehängt, ob sich aber die Ortsbehörde einmal darum kümmert, weiß ich nicht, jedenfalls habe ich bisher davon nichts merken können. Als ich es im letzten Winter so weit gebracht

hatte, daß die Arbeitszeit erst um 7 Uhr früh statt bisher um 6 Uhr begann, bemüht sich ein paar Arbeiter, mich zu verarschen, ja sie versuchten sogar, mich aus der Fabrik hinaus zu bringen. Jedenfalls sah es so aus, als wenn die Arbeiter lieber schon um 6 Uhr anfangen, und so ist diese Arbeitszeit denn auch wieder eingeführt worden. Die Strafgelehrten werden für die Arbeiter verwandt, aber die Arbeiter haben nicht darüber zu entscheiden. — Nicht viel anders sieht es aus in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik, die ein reiner Laubenschlag geworden ist. Die Arbeiter vertrauen sich nicht etwas zu sagen, das geht auch daraus hervor, daß am Freitag den ganzen Tag und selbst während des Gottesdienstes gearbeitet wurde. Ein Arbeiter mußte Posten stehen, um den Werkmeister zu unterrichten, wenn sich ein Polist der Fabrik nähern sollte. Den Arbeitern wurde angefaßt, sie sollten sofort zu arbeiten aufhören, wenn das Klingelzeichen gegeben würde. Auf diese Weise wird an vielen Sonntagen gearbeitet. Der Werkmeister ist Hilfspolizeibeamter. Er ist also betrunken, ein Mäcker über die Ausführung der Gesetze zu sein. Der Vorgang zeigt, wie dieses Amt ausgreibt wird. — Nun komme ich noch zu einem dritten Gebirgsort, es ist die Metallwaarenfabrik von Max Böhme in Scheibenberg. Hier hätte aber schon Manches verbessert werden können, wenn die drei in dieser Fabrik vertretenen Ortsvereine: Klempner, Maschinenbauer und Textilarbeiter, einig sein wollten. Diese Gintigkeit besteht bedauerlicher Weise nicht und darum verwirrt auch der Herr Böhme alle von den Arbeitern aufgestellten Forderungen. Dieser Uneinigkeit ist es zuzuschreiben, daß vor drei Wochen ein Mitglied der Maschinenbauer entlassen werden konnte, weil es eine an sich gerechtfertigte Forderung stellte. Sein Verlangen ging dahin, daß die Strafbestimmungen an geeigneter Stelle ausgehängt werden sollten, weil die Strafen ganz verschieden verhängt würden und in der Arbeitsordnung davon nichts erwähnt sei. Auf der Arbeitsordnung steht auch die Beschäftigung der Ortsbehörde. Die Arbeitsordnung sieht einen Arbeiter aus, es besteht aber trotzdem keiner. Als der vorerwähnte Maschinenbauer darnach frag, gab ihm Herr Hans Böhme zur Antwort: „Halten Sie die Presse, Sie haben garnichts zu bestimmen!“ Nun wurde der Maschinenbauer chikanirt, es wurde ihm Hofarbeit aufgetragen, die er aber mit Rücksicht auf seine in der Fabrik verunglückte Hand nicht ausführen konnte. Herr Böhme schrie ihn nun an und befand darauf, daß er die ihm übertragene Hofarbeit ausführe. Der Maschinenbauer weigerte sich, da er als Stanger eingestellt und nur zu dieser Arbeit verpflichtet werden könne. Darauf erfolgte sofortige Entlassung wegen Gehorsamsverweigerung. In der hiergegen abgehaltenen Verbandsversammlung glänzten viele Kollegen durch Abwesenheit und von den Unorganisierten hatte überhaupt Niemand den Muth, zu erscheinen. Da muß ich die Arbeiter aus diesen Vorgängen heraus von Neuem auffordern, in die Gewerkevereine einzutreten und sich dann auch als Gewerkevereiner energisch zu betheiligen. Die Gewerkevereiner selbst aber müssen einig sein, Streitigkeiten melden und energisch und wirksam für die Ausbreitung der Organisation arbeiten. Dann kann auch der Ortsverbandsauschuß erfolgreich wirken.

§ Hermann Kubach, Ortsverbandsvorsitzender.
Herrmann Kubach, Ortsverbandsvorsitzender, am Sonnabend, 6. Mai, eine öffentliche Mitgliederversammlung in sein Vereinslokal einberufen. In derselben referierte Kollege Rob. Geper-Weißfels über den dortigen Schuhmachereist. Der Referent zeigte uns in deutlicher und klarer Weise den Gang des Streiks. Weiter kam er auf die in der sozialdemokratischen Presse enthaltenen Unwahrheiten zu sprechen und stellte dieselben richtig. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und unsere „Freunde“ von links hatten es sich nicht nehmen lassen, ebenfalls zahlreich zu erscheinen, ja sie hatten sich sogar auch einen Redner von Weißfels kommen lassen. In der Diskussion machten die Gewerkschafter zuerst den üblichen Geschäftsordnungsrummel. Die Herrschaften können sich einmal nicht daran gewöhnen, in einer Mitgliederversammlung des Gewerkevereins sich unserer Geschäftsordnung zu fügen. Der Weißfelsler Streik und andere Vorgänge gaben reichen Stoff zur Diskussion, die zeitweilig einen sehr erregten Charakter annahm. Unsere hiesigen Gewerkevereiner kennen die sozialdemokratische Lust zum Sabotieren, da machen die Unwahrhaftigkeiten, die Liebertreibungen und das böse Geschimpfe gar keinen Eindruck mehr. Die Herren Gewerkschafter in Schleibitz werden sich daher noch manchen Zahn an den festen Gewerkevereiner ausbeißten müssen, denn treffend wurde angeführt, daß durch das gewaltsame Hinübergerren in die Gewerkschaften der Arbeiterschaft kein Vortheil gebracht würde, denn dadurch würde der Individualismus gefäht, nicht aber die Organisationen. Die Versammlung war von einem kampfeslustigen Geiste befeuert und betheiligten sich die Kollegen eifrig an der Diskussion. Im Verschiedenen wurde das Behlen einer Presse deutlich zum Ausdruck gebracht und eifrig für eine eigene Zeitung agitirt. Wir werden nun erst die Berichte in der sozialdemokratischen Presse abwarten, vielleicht findet sich da noch Gelegenheit, des Näheren auf die sehr interessante Versammlung einzugehen.

Verbands-Zeitung.

Dritte Auflistung
über die Sammlung für die streikenden Schuhmacher in Weißfels.
Vom 1. bis 8. Mai gingen folgende Spenden ein: Von den Ortsvereinen der Maschinenbau- und Metallarbeiter: Braunschweig 12, 4,95, Schachhausen 5,00, Dessau 3,65, Dörfelungen 24,15, Berlin VIII 8,20, Weimar 1,40, Fabrik- und Handarbeiter: Döbeln 2,60, Zeitz 5,95, Seibronn 3,00, Klempner und Metallarbeiter: Chemnitz 3,00, Dörfelungen 4,90, Zeitz 2,30, Stuhlberger: Oera 3,20, Spremberg 1,70, Kaufleute: Brandenburg 3,00, Leberarbeiter: Rünchden 3,80, Schneider: Stettin 2,15, Zöpfer und Ziegler: Jägerhof 3,10, Privat: Stiege-Zerbst 2,00. Zusammen Mk. 82,55; hierzu der Beitrag der zweiten Auflistung mit Mk. 962,90, ergibt insgesammt Mk. 1045,45.

Allen Genossen und Genossinnen für ihre Opfertreue besten Dank; die Weißfelsler Genossen werden sich, wo es gilt wieder zu helfen, dankbar zeigen.

Mit Gewerkevereinsgruß
Berlin, 8. Mai 1905. E. Rehl, Hauptkassierer.